

## 2 Die Erklärungsansätze der Extremismusforschung

Eines der Ziele dieser Arbeit ist es, die Wahl einer extrem linken Partei mithilfe eines sparsamen, aber umfassenden Modells zu erklären und dabei kurz- und langfristige Faktoren auf der Angebots- sowie der Nachfrageseite, die für den Erfolg der Partei verantwortlich sind, zu identifizieren. Sowohl die Extremismus- als auch die Wahlverhaltensforschung haben eine Vielzahl an Ansätzen zur Erklärung von Einstellungen und Verhalten von Individuen hervorgebracht, die jedoch nicht ohne weiteres integriert werden können.

Erstens steht die Analyse extrem linker Parteien grundsätzlich vor dem Problem, dass nahezu alle vorhandenen Theorien und Begriffe aus der wissenschaftlichen Beschäftigung mit extrem rechten Parteien stammen (Arzheimer 2006: 253; Neu 2006b: 223; Neu 2009: 13). Zwar wurden Versuche unternommen, extremistische Einstellungen als Phänomen unabhängig von der ideologischen Position zu analysieren (siehe Kapitel 2.1 und 2.2). Allerdings wurden in der Praxis Annahmen und Indikatoren aus der Rechtsextremismusforschung oftmals ohne nähere Diskussion oder mit lediglich geringfügigen Modifikationen auf Parteien der extremen Linken übertragen, wobei Variablen und Konzepte verschiedenster Theoriestränge unreflektiert miteinander verbunden wurden (Winkler 1996: 36). Zweitens wurden zwar in jüngster Zeit zur Integration von Wahlverhaltensansätzen und solchen aus der Extremismusforschung Anstrengungen unternommen, jedoch beziehen sich auch diese vornehmlich auf die Parteienfamilie der extrem Rechten und wurden bislang nicht auf eine extrem linke Partei angewandt (Scheuch/Klingemann 1967; Arzheimer/Falter 2002; Arzheimer 2008a). Integrative Ansätze besitzen den Vorteil, ein detaillierteres Bild der Wählerschaft einer extremen Partei liefern zu können als einzelne spezialisierte Extremismusansätze für sich genommen. Das Hauptaugenmerk dieses Kapitels liegt daher zunächst auf der Diskussion der klassischen und integrativen Theorien der Extremismusforschung, bevor im nächsten Kapitel die Übertragbarkeit dieser Ansätze zur Analyse der Linkspartei.PDS-Wählerschaft überprüft wird, und aus denen im späteren Verlauf statistisch überprüfbare Hypothesen gezogen werden können.

## 2.1 Die klassischen Ansätze der Extremismusforschung

Während sich in der Wahlverhaltensforschung drei große klassische Theorien herausgebildet haben, zu denen der mikro- und makrosoziologische Ansatz (Lazarsfeld et al. 1944; Lipset/Rokkan 1967), der sozialpsychologische Ansatz (Campbell et al. 1960, Campbell et al. 1954) und der rationalistische oder ökonomische Ansatz (Downs 1957) gezählt werden,<sup>27</sup> hat sich in der Extremismusforschung eine nahezu unüberschaubare Anzahl an Erklärungsversuchen, Ansätzen, Konzepten und Hypothesen herausgebildet. Bei näherer Betrachtung können diese Ansätze in die vier Kategorien „Persönlichkeitsmerkmale und Wertorientierungen“, „Desintegrationstheorien“, „Gruppenkonflikte“ sowie „politische Gelegenheitsstrukturen“ zusammengefasst werden (Winkler 1996; Arzheimer 2008a).

Die Extremismusforschung hat sich parallel – und mit wechselseitigem Einfluss – zur Disziplin der Einstellungs- und Verhaltensforschung kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt. Der Grund für das Forschungsinteresse an extremistischen Bewegungen und deren Wählern war der Erfolg nationalsozialistischer und faschistischer Bewegungen in den 1930er Jahren. Zunächst wurde die Mobilisierung von Bevölkerungsteilen durch die faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen auf der Persönlichkeitsebene untersucht, die Erkenntnisse wurden bald aber auch zur Erklärung des Kommunismus herangezogen (Parsons 1942b; Adorno et al. 1950; Shils 1954; Stone/Smith 1993). Diese Ansätze waren aufgrund der historischen Ereignisse stark auf europäische Verhältnisse zugeschnitten. Im Zuge des Behaviorismus wurden später mikrosoziologische und sozialpsychologische Ansätze entwickelt, die der Reduktion auf Persönlichkeitsmerkmale kritisch gegenüberstanden (Schumann 2001: 105). Sie sahen in den Erfolgen faschistischer Bewegungen eher eine Abnormität innerhalb der Gesellschaft, die systematisch analysiert und gesellschaftskritisch hinterfragt werden musste. In Folge wurden in der Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaft etc. Ansätze entwickelt, die in eine Vielzahl unterschiedlicher Modelle, Begriffe und Definitionen mündeten (Arzheimer 2005a: 391).

Trotz der interdisziplinären Beschäftigung mit dem Phänomen Extremismus sind übergreifende Begriffsdefinitionen oder eine Integration der theoretischen Konstrukte zu einer allgemeinen Theorie zur Wahl extremer Parteien bislang

---

<sup>27</sup> Es ist hier nicht möglich, eine detaillierte Darstellung der klassischen Theorien der Wahlverhaltensforschung zu liefern, da dies erstens den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde und sich zweitens der integrative Ansatz von Scheuch und Klingemann (Scheuch/Klingemann 1967) bzw. Arzheimer (Arzheimer 2008a) an den sozialpsychologischen Ansatz anlehnt. Daher werden die Grundannahmen dieses Ansatzes im Kapitel 2.3.2.1 weiter erläutert. Für einen umfassenden Überblick zu den soziologischen, sozialpsychologischen und Rational-Choice-Ansätzen siehe Schoen 2005; Schoen/Weins 2005; Arzheimer/Schmitt 2005.

nicht unternommen worden. Durch die Einteilung der Extremismusansätze in vier Erklärungsgruppen lässt sich diese Heterogenität zumindest reduzieren und bietet zudem die Möglichkeit, eine Verbindung zu Modellen der Wahlentscheidung zu legen (Winkler 1996, 2001; Arzheimer 2008a: 79).

### 2.1.1 Persönlichkeitsmerkmale und Wertorientierungen

Nach Winkler (Winkler 1996: 28ff.; siehe vertiefend Arzheimer 2008a: 79ff.) bilden die „Persönlichkeitsmerkmale und Wertorientierungen“ eine erste Kategorie extremismustheoretischer Ansätze.<sup>28</sup> Hierbei ist der Autoritarismusansatz der älteste (Adorno et al. 1950; siehe bereits Fromm 1936; Reich 1933). Ausgangspunkt für die Entwicklung dieses Ansatzes war die Annahme, dass die materielle Verelendung insbesondere der Arbeiterschicht eher zu einem sozialistischen denn zu einem faschistischen Umsturz in den 1930er Jahren hätte führen müssen (Falter 1991: 198ff.). Zur Aufklärung dieses Widerspruchs entwickelten Forscher um Theodor W. Adorno einen persönlichkeitspsychologischen Ansatz, dessen Annahmen sie induktiv aus Befragungen der Bevölkerung gewannen (Oesterreich 1996: 46). So ergaben die Auswertungen, dass innerhalb des preußisch-deutschen Gesellschaftssystems auffällige Charaktertypen existierten, die zu Unterordnung und Gehorsam erzogen worden waren (Adorno et al. 1950: 337).<sup>29</sup> Die aufkommenden nationalsozialistischen bzw. faschistischen Bewegungen befriedigten diese Nachfrage nach Unterordnung, was schließlich zu ihren Erfolgen beitrug (Oesterreich 2005: 243).<sup>30</sup> Die Forscher nahmen weiterhin an, dass autoritäre Charakterzüge innerhalb der deutschen Bevölkerung auch in der Bundesrepublik nachweisbar seien. Die autoritären Charaktereigenschaften wurden mittels der *Fascism-Scale* gemessen, die antidemokratische Tendenzen und das Faschismuspotenzial in der Bevölkerung aufdecken sollte. Zwar wurde keine direkte Verbindung zwischen autoritärem Charakter und Wahlentscheidung gezogen, jedoch sollten sich entsprechende Personen von Parteien und Bewe-

---

<sup>28</sup> Die konzeptionelle Trennung zwischen Wertorientierungen und Persönlichkeitsmerkmalen ist nicht unumstritten. Iser und Schmidt (Iser/Schmidt 2005) haben aber in einer Analyse des Fünf-Faktoren-Modells (FFM) oder der *Big-Five* (Thurstone 1934) und anhand einer Werteskala (Schwartz 1994) nachweisen können, dass eine getrennte Untersuchung beider Konstrukte durchaus sinnvoll ist.

<sup>29</sup> Dieser autoritäre Charakter wurde auch als eine Art „Syndrom“ bezeichnet.

<sup>30</sup> Die Frage nach der freiwilligen Unterordnung ist nicht neu. Schon die Philosophie der Aufklärung widmete sich intensiv dieser Fragestellung. Kant war 1784 der erste, der auf psychische Faktoren für die freiwillige Unterwerfung unter Autoritäten hinweist (Höffe 2007: 351). Seiner Ansicht nach ist die Akzeptanz der Herrschaft von Kirche und Fürsten bedingt durch die menschliche Unmündigkeit.

gungen, die Gehorsam und Unterordnung befürworten und sich gegen (ethnische) Fremdgruppen richten, angezogen fühlen (Arzheimer 2008a: 80).

Die Studie erlangte große Aufmerksamkeit, wurde in der Folge aber auch scharf kritisiert. So sind die Unterdimensionen und die Kausalbeziehungen des autoritären Syndroms unklar definiert und die Analyseebenen zu heterogen, um exakt zwischen einem autoritären und einem konservativen Charakter differenzieren zu können. Weiterhin wurde die Konzentration auf einen rechten Autoritarismus in der Theorie und bei der Wahl der Messinstrumente kritisiert sowie die Repräsentativität der Erhebung bemängelt (Altemeyer 1996: 216ff.; Oesterreich 1996: 43; Shils 1954; Ray 1976). Trotz dieser Kritikpunkte hat die Studie wichtige Impulse für die Extremismusforschung geliefert und fand auch Anwendung in der Erklärung sozialistischer Orientierungen (Greenberg/Jonas 2003; Jost et al. 2003; McFarland et al. 1992).

Aus dem Umfeld der Kritiker stammt das bereits in Kapitel 1.3.3 angesprochene Dogmatismuskonzept (Rokeach 1960; Schumann 2001).<sup>31</sup> Die mangelnde inhaltliche und strukturelle Präzisierung des Autoritarismusansatzes sollte durch ein ideologiefreies Konzept behoben werden, sodass auffällige Persönlichkeitsmuster in allen politischen und kulturellen Bereichen möglich wären (Rokeach 1960: 117f.). Als dogmatisch werden solche Personen beschrieben, die sich durch ein hohes Maß an Geschlossenheit (*closed-mindedness*) ihres inneren Überzeugungssystems (*belief-disbelief-system*)<sup>32</sup> auszeichnen und nur bedingt in der Lage sind, neue Informationen zu verarbeiten. Symptome sind undifferenzierte negative Einstellungen und Intoleranz gegenüber Fremdgruppen, ein pessimistisches Weltbild, Angst und Unsicherheit sowie ein gesteigertes Interesse an Machtfragen und der Glaube an die Obrigkeit. Daher dienen ihnen vorgefertigte Anschauungen der Autoritäten als Komplexitätsreduktion der sozialen und politischen Wirklichkeit (Rokeach 1960: 57f.).

Autoritarismus und Dogmatismus sind sich auf verschiedenen Ebenen des Verhaltens und von psychischen Vorgängen nicht unähnlich (Oesterreich 1996: 67). Jedoch basiert der Dogmatismusansatz im Gegensatz zum Autoritarismusansatz auf kognitionstheoretischen Annahmen der Persönlichkeitspsychologie

<sup>31</sup> Zum Dogmatismuskonzept siehe auch Ehrlich 1978; Vacchiano 1977; Roghmann 1966: 83ff.

<sup>32</sup> Das zentrale Element der *open-* und *closed-mindedness* bildet das *belief-disbelief-system*. Dieses System stellt ein Gefüge verbaler oder nonverbaler, impliziter oder expliziter Überzeugungen, Haltungen oder Erwartungen dar (Rokeach 1960: 32). Das *belief-system* beinhaltet alle Erwartungen und Haltungen, die eine Person als richtig erachtet, während das *disbelief-system* jene umfasst, die als falsch angesehen werden. Ein geschlossenes Überzeugungssystem entsteht durch die Notwendigkeit, sich über die Umwelt möglichst genau zu informieren, gleichzeitig aber durch das Bedürfnis, bedrohliche Teile der Realität, wie z.B. negative Informationen über die Eigengruppe, auszublenken. Zumeist sind jedoch beide Seiten des Überzeugungssystems in einer Person wirksam (Rokeach 1960: 68f.).

(Arzheimer 2008a: 81). Indem Sozialisationsfaktoren ausgeblendet werden, ergibt sich ein einfacher Zugang zur Informationsverarbeitung beim Menschen (Rokeach 1960: 347ff.). Im Mittelpunkt steht die Struktur von Überzeugungssystemen, mit deren Hilfe von konkreten Inhalten abstrahiert und eine Vereinfachung und Verallgemeinerung der Vorgänge erzielt werden soll. Jedoch, so wurde später festgestellt, kann auch hier keine ideologisch neutrale Einordnung erreicht werden, was auf eine teilweise unklare Begriffsdefinition zurückzuführen ist (Hartmann 1983: 75; Keiler/Stadler 1978). So wurden die Eindimensionalität und die Konzentration auf den „Neurozentrismus“, d.h. die emotionale Labilität von Personen, der verwendeten D-Skala zur Messung von Dogmatismus kritisiert (Rogmann 1966: 196f.; Schumann 2001: 112f.).

Im sozialpsychologischen Ansatz der Wahlverhaltensforschung haben die oben erwähnten Überzeugungssysteme ebenfalls eine prominente Stellung inne (Converse 1964: 206), jedoch spielen Persönlichkeitsansätze (vgl. auch Eysenck 1954; Wilson 1973; Oesterreich 1993, 1996) in der Wahlforschung nur eine geringe Bedeutung (Altemeyer 1988: 239ff.; siehe aber Schumann 1990, 2001; Schumann/Schoen 2005). Allerdings kann eine Analyse von Persönlichkeitsfaktoren wichtige Informationen über die Herausbildung geschlossener Überzeugungssysteme bei der Wählerschaft extremer Partei liefern und wird daher in die spätere empirische Untersuchung mit einbezogen (Kapitel 3.2; siehe auch Winkler 2005: 239).

Gesellschaftliche Wertorientierungen sind, im Gegensatz zu Persönlichkeitsmerkmalen, in der klassischen Wahlforschung deutlich prominenter vertreten (Eith/Mielke 2010: 298). So nimmt die These der *silent counter revolution* an, dass eine soziale Reaktion auf den Wertewandel nach dem Zweiten Weltkrieg stattgefunden hat, die den Aufstieg rechtsautoritärer Parteien begünstigte (Ignazi 1992, 2003; vgl. Inglehart 1977). Demnach werden die Folgen der Veränderungen in der Gesellschaft von sozialen Randgruppen und traditionell orientierten Menschen mit eher geschlossenen kognitiven Überzeugungssystemen abgelehnt und gleichzeitig Fremdgruppen als Ursache dieses Wandels angesehen. Libertären Werten wie Selbstentfaltung und universale Bürgerrechte neuer sozialer, ökologischer Bewegungen und in zunehmendem Maße auch etablierter Parteien setzen neu entstandene rechtsautoritäre Parteien Pflichtgefühl, Gehorsam, Autorität, Disziplin und Ordnung entgegen (vgl. Schacht 1993).

Kritik an diesen Annahmen riefen die ungenügende Erklärung der kausalen Zusammenhänge sowie die vollständige Ausblendung der Individualebene hervor. Weiterhin seien die angesprochenen Wertorientierungen mit den vorhandenen Instrumenten der Einstellungsforschung nicht nachzuweisen, was die Annahmen der *silent counter revolution* nicht überprüfbar mache (Husbands 2002: 51f.; Arzheimer 2008a: 82f.).

Auch im räumlichen Modell der Parteienkonkurrenz finden Wertorientierungen Anwendung (Kitschelt 1994, 1995; siehe auch Kapitel 1.3.2). Das Modell beruht auf einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Links-Rechts-Dimension des politischen Raums (vgl. Flanagan 1987).<sup>33</sup> Einen Zusammenhang mit extremistischen Positionen sieht Kitschelt dabei hauptsächlich auf der gesellschaftspolitischen Dimension. Eine autoritäre Position auf der Angebotsseite der Parteien beinhaltet die Forderung nach Schließung des politischen Marktes und der Repression kultureller und politischer Vielfalt (vgl. Lipset/Raab 1971: 6). Eine libertäre Position dagegen steht für ein hohes Maß an politischer Partizipation auf der unteren gesellschaftlichen Ebene sowie Dezentralisierung und Entbürokratisierung (Kitschelt/Hellemans 1990: 5). Auf der Ebene des Individuums besitzen autoritäre Positionen Ähnlichkeiten mit dogmatischen Einstellungen, einem rigiden Denkstil und autoritärer Persönlichkeit (Arzheimer 2005a: 402). Auch libertäre Forderungen stehen insofern im Konflikt mit der repräsentativen Demokratie, als politische Entscheidungsfindungen weg von Repräsentanten hin zum Bürger übertragen werden sollen (Kitschelt 1990: 179f). Folglich richten sich libertäre Orientierungen gegen hierarchische Strukturen im Staat (Flanagan/Lee 2003).<sup>34</sup>

Die Bildung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Orientierungen beim Individuum wird im Rahmen dieses Ansatzes mit den Erfahrungen im beruflichen Alltag erklärt (Kitschelt 1994: 8ff.; Kitschelt 1995: 4ff.). Vor dem Hintergrund von Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen spielen Ausländer als Mitkonkurrenten um den Arbeitsplatz im öffentlichen Sektor eine geringere Rolle als im privaten Sektor. Daher werden Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und umverteilende Maßnahmen von Beschäftigten im öffentlichen Sektor eher unterstützt, während Personen im privaten Sektor einer Umverteilung negativ gegenüberstehen, da dadurch negative Standortbedingungen für ihre Arbeitgeber geschaffen werden. Weiterhin spielen konkrete Arbeitsbedingungen für die Ausbildung wirtschaftspolitischer Wertorientierungen eine große Rolle. So führen ein hohes Maß an persönlicher Freiheit und kommunikative Arbeitsbedin-

---

<sup>33</sup> Bei Flanagan setzt sich der Konfliktraum aus drei Linien zusammen. Die erste Achse repräsentiert den Konflikt zwischen wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung und freier Marktwirtschaft. Diese traditionelle Konfliktlinie wird bereits bei Lipset und Rokkan (1967) beschrieben und bildet die Hauptlinie des politischen Konflikts in vielen westlichen politischen Systemen. Die zweite Achse bezieht sich auf den Gegensatz zwischen ökonomisch-technologischem Wachstum und einer ökologischen Politik. Dahinter steht auch der Konflikt von postmaterialistischen versus materialistischen Orientierungen. Zu diesen zwei Dimensionen kommt bei Flanagan noch eine dritte Dimension, die er mit dem Gegensatz zwischen den libertären neuen Linken und den autoritären neuen Rechten kennzeichnet.

<sup>34</sup> Teilweise werden libertäre Einstellungen auch mit den Ansätzen zu „soziokulturellen Spezialisten“ in Verbindung gebracht (Müller 1998: 34f.; siehe auch Kriesi 1998: 173f).

gungen zu libertären Einstellungen, während eintönige, standardisierte und hierarchisch organisierte Arbeitsprozesse autoritäre Orientierungen auf der gesellschaftspolitischen Dimension begünstigen. Zuletzt tendieren Menschen mit einer hohen formalen Bildung aufgrund ihrer höheren kognitiven Fähigkeiten sowie Frauen aufgrund ihrer Sozialisationserfahrungen eher zu libertären Ansichten (Kitschelt 1994: 17).

Den Aufstieg extrem rechter Parteien in den 1980er Jahren erklärt Kitschelt somit als Folge von Globalisierungsprozessen und der Reaktion der Beschäftigten im privaten und öffentlichen Sektor. Erstere fühlten sich vom Wandel bedroht und entwickelten autoritäre und marktliberale Einstellungen, die nicht von den etablierten, sondern den rechtsautoritären Parteien erfüllt wurden.<sup>35</sup> Im Gegenzug wurde das Aufkommen von linkslibertären bzw. -sozialistischen Parteien mithilfe politischer Gelegenheitsstrukturen (*political opportunity structures*) erklärt, wonach sich aus der Spaltung sozialistischer und sozialdemokratischer Bewegungen die „alte“ und „neue“ Linke gebildet habe (Kitschelt 1988). Diese Bewegungen richten sich gegen ein autoritäres und bürokratisches Staatsverständnis und fordern ein partizipatorisches Demokratieverständnis, gepaart mit einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates (Carter 2004: 108).

Zusammenfassend kombiniert das räumliche Modell des Parteienwettbewerbs die Angebotsseite der Parteien mit der Nachfrageseite der Bevölkerung zu einem umfassenden Makro-Mikro-Ansatz und stellt eine Verbindung zwischen Extremismus- und Wahlverhaltensansätzen dar (Kailitz 2006: 286). Kritisiert wurde allerdings die Konzentration auf die Makro-Ebene und damit die ungenaue Spezifikation der Entstehung politischer Präferenzen beim Individuum sowie die mangelhafte Begründung der Konzentration auf berufliche Erfahrungsprozesse (Arzheimer 2005a: 404). Darüber hinaus bestätigten sich einige theoretische Erwartungen zu den Eigenheiten extrem rechter Parteien in der empirischen Überprüfung nicht (Knigge 1998; Lubbers et al. 2002).<sup>36</sup>

---

<sup>35</sup> Es wurde auch auf Parallelen auf der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Achse zwischen Sozialismus/Kommunismus und Nationalsozialismus hingewiesen, die Kitschelt unter dem Begriff des *authoritarian socialism* zusammenfasst (siehe auch Arato 1991). Auf die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus ist bereits in der Totalitarismusforschung hingewiesen worden. Hannah Arendt (Arendt 1951) spricht von „Variationen des gleichen Modells“. So führten die Nationalsozialen im Dritten Reich eine Art der „Staatsintervention ohne Verstaatlichung“ ein (Benz 2000: 102). Darin wurde durch staatliche Stellen zunächst das Außenhandelsmonopol eingeführt, die Löhne und Preise unter Kontrolle gebracht und die Verteilung von Gütern und Arbeitskräften gleichgeschaltet (Barkai 1977: 139ff.).

<sup>36</sup> So sind neben rechtsautoritären durchaus auch rechtslibertäre und linksautoritäre Parteien in Westeuropa vorstellbar, wenngleich in keinem westlichen Parteiensystem vorhanden (Betz 1999; Ivarsson 2002).

Beide Ansätze zu Wertewandelprozessen sehen sich folglich Kritik aus konzeptioneller Sicht und in der empirischen Überprüfung ausgesetzt. Dennoch können Wertorientierungen an sich – ohne die Einbettung in komplexe theoretische Annahmen – sehr wohl einen Einfluss auf die Bewertung von Parteien, Personen und Programmen und damit dem Wahlverhalten besitzen (Klein 2005: 443f.). So sind sie einerseits aufgrund ihrer gruppenspezifischen Sozialisationsprozesse von der sozialstrukturellen Position des Individuums abhängig, andererseits kurzfristigen Faktoren vorgelagert (Knutsen 1995; Kunz et al. 1993). Des Weiteren wurden gesellschaftlichen Wertorientierungen eine höhere Stabilität und damit eine vorgelagerte Stellung gegenüber der Parteiidentifikation beigemessen (Jagodzinski 1981: 175; siehe aber Miller/Shanks 1996: 192).

### 2.1.2 Soziale Desintegration

Eine zweite Gruppe von Ansätzen befasst sich mit der sozialen Desintegration von Personen und Gruppen (Winkler 1996: 37ff., siehe vertiefend Arzheimer 2008a: 86f.). Die Ursprünge gehen auf das Konzept der Anomie zurück. Hier wird durch die Auflösung religiöser Normen und Werte innerhalb der Gesellschaft und die zunehmende Arbeitsteilung im Berufsleben ein Ungleichgewicht in der sozialen Ordnung auf gesellschaftlicher Ebene sowie Angst und Unzufriedenheit auf der Individualebene verursacht (Durkheim 1973). Im Zuge der nationalsozialistischen bzw. faschistischen Bewegungen wurde dieses Konzept auf entsprechende Parteien übertragen (Parsons 1942b, a). So konnte die vorherrschende traditional-konservative, autoritär-militaristische und antidemokratische politische Kultur der 1920er und 1930er Jahre in Deutschland den rasanten Veränderungen in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilbereichen nicht folgen. Durch die Ungleichzeitigkeit der Veränderungen in verschiedenen Lebensbereichen entstanden beim Individuum Gefühle der Unsicherheit, denen es mit Passivität, Angst, zwanghaften Reaktionen oder rückwärtsgewandten Lebensweisen begegnete. Faschistische Parteien boten den Menschen rigide und autoritäre Ideologien mit klaren Regeln an, die als Lösungsweg aus der Verunsicherung erschienen (Parsons 1942b: 139f.).

Kritisiert wurde an diesem Ansatz die Generalisierung der Vorgänge im faschistischen Deutschland.<sup>37</sup> So fanden in allen westlichen Gesellschaften dieser Zeit Modernisierungsprozesse innerhalb der Gesellschaft statt, wodurch anomi-

---

<sup>37</sup> Allerdings wandte Parsons eine ähnliche Argumentation an, um die politischen und gesellschaftlichen Vorgänge während der Ära McCarthy in den USA zu erklären. Auch hier seien es tief greifende gesellschaftliche Veränderungen und daraus folgend Ängste, Frustration und Aggression gewesen, die die Menschen für eine rückwärtsgewandte Politik begeisterten (Parsons 1964).

sche Bevölkerungsteile grundsätzlich überall vorhanden gewesen sein müssten. Faschistische Bewegungen waren jedoch nur in einigen Staaten erfolgreich, sodass offensichtlich weitere strukturelle und kulturelle Bedingungen notwendig sind, um faschistischen bzw. nationalsozialistischen Bewegungen zum Erfolg zu verhelfen (vgl. Black 1976).

Im Anschluss an Parsons wurden verschiedene Ansätze in diese Richtung weiterentwickelt (Husbands 2002: 46).<sup>38</sup> In der „Theorie der Massengesellschaft“ führt der Verlust eines kohärenten und integrierten Überzeugungssystems (*belief-system*) zu Anomie und Entfremdung, die das soziale Gefüge auflösen. Ohne eine vermittelnde Schicht zwischen Elite und Masse und bei fehlenden Querschnittsverbindungen können Teile der enttäuschten Masse für extremes politisches Verhalten wie Faschismus und Kommunismus anfällig werden, speziell galt dies für die isolierte Arbeiterschaft der 1920er und 1930er Jahre (Kornhauser 1960; vgl. Kerr/Siegel 1954). Auch heute noch finden anomische Ansätze Verwendung, um rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensweisen zu erklären (Terwey 2000; Kühnel/Schmidt 2002). So wird in einigen Studien zur Individualisierungshypothese die Ansicht vertreten, dass Rechtsextreme ein geringeres Selbstwertgefühl besitzen (vgl. Heitmeyer 1987). Empirisch lassen sich solche Tendenzen jedoch nur eingeschränkt bestätigen und nicht auf die gesamte rechtsextreme Wählerschaft verallgemeinern (Eckert et al. 1996).

Die Forschung zur sozialen Desintegration und Anomie besitzt somit eine lange Tradition und wurde auch in einigen Bereichen der Vorurteils- und Extremismusforschung erfolgreich angewandt (Herrmann 2001). Dagegen hat sie in der Wahlforschung bislang keine große Rolle gespielt, da ihre allgemeinen Annahmen nur schwer nutzbar zu machen sind und das Phänomen nicht direkt gemessen werden kann (vgl. Fuchs 2003). Daher werden oftmals soziodemographische Variablen als Proxy verwendet, die dann auf Ideologien bzw. Wertorientierungen sowie Einstellungen gegenüber sozialen Gruppen wirken (Arzheimer 2008a: 86f.). So wurde festgestellt, dass ein höherer Anteil an Anomie in der Bevölkerung nicht zwangsläufig mit dem Erfolg extremer Parteien einhergeht (Willems 1993; Wahl et al. 2001). Zudem werden soziodemographische Variablen als Indikatoren für soziale Desintegration zumeist nicht im Sinne des Anomie-Konzeptes interpretiert, sondern dienen lediglich als Kontrollvariablen. Weiterhin bleiben auch die kausalen Beziehungen zwischen sozialer Desintegration und Einstellungsvariablen unklar (Kühnel et al. 2009: 79). Die problemati-

---

<sup>38</sup> Von dem Konzept der Anomie ist das der Anomia zu unterscheiden, das auf der individuellen Einstellungsebene angesiedelt ist. Darunter wird das Empfinden des Wegbrechens der Einbindungen eines Individuums in die Gesellschaft verstanden (Srole 1956). Anomia kann damit als individuelle Ausprägung einer gesellschaftlichen Anomie angesehen werden, deren Merkmale Orientierungs- und Handlungsunsicherheit bzw. Bindungslosigkeit sind (Bohle et al. 1997).

sche Datenlage, die marginalen empirischen Beweise und unklare kausale Beziehungen erschweren daher die Anwendung der Desintegrationshypothese in der Wahlforschung (Winkler 1996).

### 2.1.3 Gruppenkonflikte und soziale Identität

Konflikte zwischen sozialen Gruppen bilden die dritte, heterogenste Gruppe von Ansätzen, unter die Begriffe wie Deprivation, Statuspolitik, Modernisierungsverlierer sowie Frustration und Aggression fallen (Winkler 1996: 333ff.; siehe vertiefend Arzheimer 2008a: 87ff.). Sie entstehen durch die soziale Lage der Gruppenmitglieder auf der einen und den Anspruch, den sie an sich und ihre Umwelt stellen, auf der anderen Seite. Dabei orientiert sich der Anspruch nicht an den objektiven, sondern an den subjektiv wahrgenommenen Positionen der eigenen und anderer sozialer Gruppen. Die unzähligen Ansätze innerhalb dieser Kategorie können in realistische bzw. rationale Gruppenkonflikte (*realistic group conflict*), Statuspolitik und symbolischer Rassismus, soziale Identität sowie Sündenbocktheorien eingeordnet werden (Rippl 2000: 21).

Beim *realistic group conflict*, also einer realistischen oder rationalen Bedrohungssituation, wird davon ausgegangen, dass der Wettkampf von Gruppenmitgliedern um eine zumindest subjektiv wahrgenommene knappe Ressource die Entstehung von Vorurteilen gegenüber den Mitgliedern von Fremdgruppen bedingt, da ein Interessenkonflikt der eigenen Gruppe mit der Fremdgruppe besteht (Sherif/Sherif 1953; Sherif et al. 1961; Campbell 1965; LeVine/Campbell 1972). Dieser Konflikt wird für den eigenen Selbstwert und die soziale Identität als bedrohlich eingestuft (siehe bereits Sumner 1906). Diese negative Bewertung von Fremdgruppen kann einerseits lediglich als Ausdruck negativer Gefühle, verschärft aber auch als Instrument der Diskriminierung des vermeintlichen oder tatsächlichen Konkurrenten angesehen werden (Esses et al. 1998: 704f.). Empirische Untersuchungen kommen dabei teilweise zu positiven Zusammenhängen zwischen Gruppenkonflikten und der Wahl extrem rechter Parteien, teilweise konnten jedoch auch negative festgestellt werden (Swank/Betz 2003; Golder 2003b; Dülmer/Klein 2005). Eine Untersuchung für extrem linke Parteien fand nur in geringem Umfang statt (siehe aber Kriesi et al. 2006).

Ähnlich geht die These der Statusverlierer davon aus, dass Individuen mit einem Status, der niedriger als der gewünschte oder erwartete ist, zu extremen Orientierungen neigen. Gleichzeitig müssen jedoch autoritäre bzw. rechtskonservative Persönlichkeitsmerkmale hinzutreten, um extreme Einstellungsmuster zu aktivieren (Hofstadter 2002b; Lipset 2002). Auf der Ebene der radikalen Bewegungen wurde zudem festgestellt, dass sie die wirtschaftlichen Interessen ihrer Trägerschicht nur während Zeiten wirtschaftlichen Wachstums vertreten. In Zei-

Die Wähler der Linkspartei.PDS von 1994 bis 2009

Zettl, C.

2014, XIV, 266 S. 7 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-06495-2